



## TOP 6 Weisung 79/2025 des Stadtrates: NPM-Jahresbericht

### 6.2 Geschäftsbericht Gemeinderat (Parlamentarische Dienste)

Für die Geschäftsleitung (GL) gibt **Ali Özcan (SP)** zu Protokoll: Der Gemeinderat hat unter Budget abgeschlossen, weil weniger Vergütungen für Sitzungen bezahlt wurden und der Umbau des Stadthauses sich wegen des Aufenthalts von Flüchtlingen weiter verzögert hat und vor allem keine externen Honorare für Rekursverfahren entstanden sind.

### 6.3 Geschäftsbericht Stadtrat

#### GF Steuerung und Führung

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS) gibt **Debora Zahn (Grüne)** zu Protokoll: Im Jahr 2024 setzte die Stadt Uster im Geschäftsfeld Steuerung und Führung Schwerpunkte in den Bereichen Digitalisierung, Kulturentwicklung und Arbeitgeberattraktivität. Mit dem interkommunalen E-Service-Portal «Amtomat», das ab August 2025 erste vollständig digitale Dienstleistungen ermöglichen soll, wurde ein bedeutender Meilenstein erreicht. Das Projekt wird gemeinsam mit den Gemeinden Horgen, Thalwil und Kloten entwickelt und wird von *egovpartner* gefördert. Parallel dazu wurden zentrale Verwaltungsprozesse überarbeitet und digitalisiert.

Im Bereich der Organisationskultur wurde der 2023 begonnene Kulturentwicklungsprozess konsequent fortgeführt. In sämtlichen Abteilungen fanden Wertedialoge statt, die von spezifischen Schulungen zur wertebasierten Führung begleitet wurden. Diese zielten darauf ab, eine gemeinsame Führungshaltung zu stärken und damit die Mitarbeitendenzufriedenheit und die interne Zusammenarbeit zu fördern. Ergänzend dazu wurde 2024 das Förderprogramm «InnoMotor» lanciert. Es soll innovative Ideen und Prozessoptimierungen innerhalb der Verwaltung fördern.

Im Personalbereich war die Revision der Personalverordnung ein zentrales Projekt, welches abgeschlossen werden konnte. Das neue Regelwerk wurde unter Einbezug der Personalverbände erarbeitet, vom Gemeinderat verabschiedet und tritt per 1. Januar 2026 in Kraft. Daneben lag der Fokus auf der Nachbearbeitung der Mitarbeitendenbefragung von 2023. In Workshops wurden die Ergebnisse abteilungsintern reflektiert und konkrete Verbesserungsmassnahmen in den Bereichen Führung, Zusammenarbeit und Werteorientierung erarbeitet. Das digitale Personalmanagement wurde weiter ausgebaut, unter anderem mit digitalen Rekrutierungsplattformen und neuen Schulungsformaten.

In der Subkommission wurde insbesondere nach dem Zweck und der Ausgestaltung des «InnoMotor» gefragt. Die Exekutive betonte dessen Rolle als Innovationsplattform innerhalb der Verwaltung, bei der Ideen und Verbesserungsvorschläge direkt von Mitarbeitenden eingebracht und weiterentwickelt werden können. Zur Budgetüberschreitung im Bereich HRM (Personaldienst) wurde erklärt, dass diese vor allem durch zusätzlichen externen Fachsupport für die Revision der Personalverordnung, krankheitsbedingte Ausfälle sowie durch gezielte Unterstützung bei der Nachbearbeitung der Mitarbeitendenbefragung in den verschiedenen Abteilungen entstanden ist. Weitere Diskussionen betrafen die aktuell festgestellte Lohndifferenz von 5% zwischen den Geschlechtern. Eine vertiefte Analyse ist im Gang, und daraus abgeleitete Massnahmen sollen 2025 folgen. Auch der Anteil der «mehrheitlich Zufriedenen» in der Rückmeldung der Mitarbeitenden im Rahmen der Jahresgespräche wird im Jahr 2025 näher untersucht.

Finanziell lag der Globalkredit mit 4.815 Millionen Franken leicht über dem Budget von 4.694 Millionen Franken, was einer Überschreitung von rund 121'000 Franken bzw. 2.6% entspricht. Während in Bereichen wie den Abstimmungen geringere Kosten angefallen sind, führten externe Unterstützungsleistungen und personelle Engpässe im Personalbereich zu Mehraufwand.

#### GF Präsidiales

Für die KÖS gibt **Urs Lüscher (EVP)** zu Protokoll: Das Geschäftsfeld Präsidiales schloss die Jahresrechnung 2024 mit einem Aufwand von Fr. 1150000 ab. Dies bedeutet einen Mehraufwand von Fr. 81000 gegenüber dem Budget. Der Stellenetat konnte wie budgetiert eingehalten werden. Die Fragen der Subkommission an die Exekutive wurden komplett und schlüssig beantwortet. Der Hauptanteil der Mehrausgaben ist mit Fr. 66000 der Leistungsgruppe Öffentlichkeitsarbeit zuzuordnen. Die Mehrausgaben wurden einerseits mit der Teuerung für die Durchführung von Veranstaltungen begründet, an-

dererseits mit Mehrkosten für die Stellenbesetzung einer Vakanz. Auch mussten Anschaffungen getätigt werden, wie Laptop, Monitor und Kamera, welche sich negativ auf das Ergebnis auswirkten und nicht eingeplant waren.

Ebenfalls in der Leistungsgruppe Öffentlichkeitsarbeit hat sich die die Applikation «Beekeeper» etabliert. Die Aktivierungsquote unter den Mitarbeitenden liegt bei fast 100 % und somit über dem Leistungsvergleich.

Auf den Social-Media-Kanälen erfolgte eine Auffrischung von Instagram und eine Anpassung des Content-Konzepts. Auf der Plattform LinkedIn wurde dank einer neuen Content-Bewirtschaftung ein grosser Follower-Zuwachs mit 228 351 Impressions erzielt. Die Anzahl abonniertes Dienste auf www.us-ter.ch (E-Mail-Newsletter und SMS) sind auf hohem Level weiter gestiegen auf fast 15'000.

Bei der Leistungsgruppe Standortförderung, welche ihr Budget um lediglich Fr. 8000 überschritten hat, lag ein Schwerpunkt auf dem Projekt «attraktives Stadtzentrum» sowie auf der Belebung des öffentlichen Raumes in Zusammenarbeit mit dem Verein Herzkern. Ein wichtiges Projekt war die Sanierung der Weihnachtsbeleuchtung. Erfreulicherweise hat sich die Anzahl ansässiger Unternehmen gegenüber dem Vorjahr erhöht und auch die Anzahl Beschäftigter hat gegenüber 2021 um fast 750 Personen zugenommen.

Die Subkommission bedankt sich für die konstruktive, offene und transparente Zusammenarbeit bei der strategischen und operativen Führung dieses Geschäftsfeldes und natürlich auch bei allen Mitarbeitenden für ihre wertvolle Arbeit.

### **GF Gesellschaft**

Für die Kommission Bildung und Gesellschaft (KBG) gibt **Andres Pauling (Grünliberale)** zu Protokoll: Das Geschäftsfeld Gesellschaft schliesst mit 4.528 Mio. CHF nur marginal über Budget. Die Mehraufwendungen in der LG Kindheit, Jugend und Inklusion von 29'000.- wurden durch Minderaufwendungen in der LG Stadtbibliothek fast kompensiert. Der Stellenetat entspricht nur bei der LG Kindheit, Jugend und Inklusion nicht dem budgetierten Wert. Der Grund ist das Insourcing der Fachleiterin Frühe Kindheit (0.4) und eine Erhöhung bei der Inklusion von 0.2 Personaleinheiten.

Das Grossprojekt in der LG Kultur ist die Realisierung des Kultur- und Begegnungszentrums Zeughausareal. Gegen die Baubewilligung wurde ein Rekurs eingereicht, der grösstenteils abgelehnt wurde. Ob es deshalb zu Verzögerungen kommt, ist noch nicht klar. Sehr erfreulich ist, dass der Regierungsrat dem Kantonsrat beantragt, dieses Projekt mit den vollen 10 Mio. CHF zu unterstützen.

Die LG Kindheit, Jugend und Inklusion war mit einem starken Besucheranstieg beim Jugendtreff konfrontiert. Ein Grund dafür sind die minderjährigen Asylsuchenden, die den Treff gerne aufsuchen. Aber auch sonst kommen mehr Jugendliche in den Treff. Die leichte Erhöhung des Stellenetats (+0.2) hat aber nicht direkt damit zu tun, sondern soll die Erreichung der Ziele im Bereich Inklusion ermöglichen. Das Thema soll in allen Verwaltungseinheiten präsent sein; die Erfahrung hat gezeigt, dass die bisherigen Ressourcen nicht ausreichen.

Die LG Stadtbibliothek verzeichnet weiterhin sehr hohe Besucherzahlen, so dass die Räumlichkeiten an ihre Grenzen stossen. Die Planung des vorgesehenen neuen Standorts auf dem Zeughausareal wurde aber unterbrochen. Grund dafür sind die hohen Investitionskosten von 6.2 Mio. CHF, wofür die knappen Mittel zur Zeit nicht reichen. Dies, obwohl die jährlichen Mietkosten von CHF 284'430 am jetzigen Standort wegfallen würden und der Mietvertrag am 30. Juni 2028 ausläuft.

Die LG Stadtarchiv konnte die unverzeichneten Bestände deutlich abbauen. Dies ist besonders im Hinblick auf den baldigen Umzug in die Käserei Roth sehr hilfreich.

Das Geschäftsfeld Gesellschaft wurde am 23. Juni von der KBG gutgeheissen. Die KBG beantragt dem Gemeinderat, das Geschäftsfeld Gesellschaft ebenfalls zu genehmigen.

### **GF Finanzen**

Für die KÖS gibt **Matthias Bickel (FDP)** zu Protokoll: Das Geschäftsfeld Finanzen schliesst mit einem Aufwand von CHF 1'376'000 bei einem budgetierten Aufwand von CHF 1'145'000 mit Mehrausgaben von CHF 231'000 ab. Der satte Zuwachs von 20% ist vor allem in den Mehraufwendungen der Leistungsgruppen Informatik und Steueramt begründet.

Die Subkommission traf sich mit der Vertreterin und den Vertretern von Abteilung und Exekutive am 16. Juni 2025 und besprach die Antworten zu den eingereichten Fragen. Die Subkommission bedankt sich an dieser Stelle für die zeitnahe und detaillierte Beantwortung ihrer Fragen wie auch für den offenen und angenehmen Austausch.

Bericht zu den einzelnen Leistungsgruppen:

Die Leistungsgruppe Finanz- und Rechnungswesen hat die Einführung der digitalen Unterschrift mittels DeepSign bei den Bilanz- und Jahresendkontrollen erfolgreich abgeschlossen. Ferner wurden die aktuellen MWST-Rechtsprechungen geprüft und daraus erste Massnahmen umgesetzt: Die beiden Investitionsprojekte Kulturzentrum und Seerestaurant sind per 2025 der MwSt. unterstellt worden.

Die Leistungsgruppe Steueramt war stark mit der Überführung der Steuer-Software auf die Oracle-Datenbank beschäftigt. Diese war schlussendlich erfolgreich, doch konnten im Kalenderjahr 2024 dadurch deutlich weniger Steuererklärungen als üblich geprüft werden – auch deshalb, weil Mitarbeitende zeitweilen dem Steueramt einer anderen Gemeinde noch aushalfen.

In der Leistungsgruppe Informatik wurde der Aufbau der technischen Schutzmassnahmen für die Cybersicherheit erfolgreich umgesetzt. Anomalien werden aktiv überwacht und die Mitarbeitenden zur Thematik stetig geschult. Gemäss Einschätzung der Branche ist jederzeit mit einem Hackerangriff zu rechnen. Die eingangs erwähnten Mehrausgaben rühren hauptsächlich von Lizenzkosten, insbesondere für M365 wie für die Cybersicherheit, die höher angestiegen sind als budgetiert. Die Backup-Systeme für Daten und die zur Systemwiederherstellung sind hingegen, wie geplant, erneuert und erweitert worden.

In der Diskussion erfuhr die Subkommission neben den Details zur Cybersicherheit, dass die Stadt Uster offensichtlich attraktiv Quellensteuerpflichtige ist, es gebe viele Zuzüge.

Des Weiteren hat das Geschäftsfeld Finanzen die Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit sowie für die Berg- und Nothilfe für 2024 gesprochen. Die 98'000 Franken flossen dieses Mal zum einen nach Syrien, Armenien, Pakistan und in den Südsudan. Zum anderen wurde die Liftseilbahn Golzern unterstützt und im Rahmen der Nothilfe stellte die Stadt Uster der Glückskette CHF 10'000 für die Bewältigung der Unwetter in der Schweiz zur Verfügung.

Die Wirkungsprüfung wird dieses Jahr in der Leistungsgruppe Informatik und Schulliegenschaften durchgeführt.

Die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit beantragt dem Gemeinderat den NPM-Jahresbericht 2024 des Geschäftsfelds Finanzen zu genehmigen.

## **GF Liegenschaften**

Für die KÖS gibt **Andres Ott (SVP)** zu Protokoll: Das Geschäftsfeld Liegenschaften schliesst das Jahr 2024 mit einem Globalkredit von 16,317 Millionen ab und liegt damit um 151'000.- über Budget. 2022 waren es noch 13,758 Millionen.

Die Investitionen waren mit 4.87 Millionen um 1.345 Mio. tiefer als budgetiert, das lag an verzögerter Planung/Ausführung, Volksentscheiden und Rekursen.

Schwerpunkte lagen dabei auf dem Dämmen von Fassaden und Dächern sowie Ersetzen von fossilen Energieträgern. Die geeigneten Dächer werden schrittweise mit PV belegt.

Für ein Monitoring der Energieverbräuche wurde ein Pilotprojekt gestartet, um einfacher herauszufinden, wo und wieso Schwankungen auftreten.

Das Baurecht Zeughaus wurde erarbeitet und ein Leitfaden für Baurechte allgemein in Kraft gesetzt. Diverse Sanierungen und auch Neubauten liefen.

Neben der normalen Bewirtschaftung der städtischen Objekte musste auch zusätzlicher Wohnraum für die Asyl- und Flüchtlinge zur Verfügung gestellt werden.

Es waren 53.45 Stellen budgetiert und auch besetzt.

Unsere Fragen konnten schlüssig beantwortet werden. Hervorzuheben ist noch der Spezialfall, dass vom Werkheim Ruderboote abgekauft wurden, welche durch den neuen Pächter vermietet werden. Beim Kiesabbau wurde eine Wertberichtigung vorgenommen, weil die Kiesqualität schlechter war als erwartet. Der geplante PV-Zubau konnte wegen Problemen wie Statik und Altlasten nur teilweise umgesetzt werden.

Der Liegenschaftsaufwand liegt 7% über dem Standardwert das liege daran, dass viele Altliegenschaften im Portfolio seien.

Wir diskutierten noch, wie die Rentabilität der PV-Anlagen am besten beobachtet werden könnte.

Die Stromkosten überschritten fast überall die budgetierten Werte, dafür waren die Heizkosten viel zu hoch budgetiert, was sich einigermassen aufhob.

Die KÖS beantragt die Jahresrechnung des GF Liegenschaften anzunehmen.

## **GF Infrastrukturbau und Unterhalt**

Für die Kommission Planung und Bau (KPB) gibt **Balthasar Thalmann (SP)** zu Protokoll: Das GF Infrastrukturbau und Unterhalt schliesst das Jahr 2024 mit einem beanspruchten Globalkredit von Fr. 9.16 Mio. rund Fr. 950'000 über dem Budget ab. Die Abschreibungen machen 41% des Globalkredits aus. Die genannten Abweichungen sind auf die anderen Bereiche zurückzuführen. Es wurden Fr. 11.5 Mio. Investitionen verbucht, rund Fr 2.5 Mio. weniger als budgetiert. Rund 1 Million dieser Abweichung machen geringere Investitionen bei der Sanierung der Schlammbehandlung auf der ARA aus. Eine weitere Million wird mir Rückerstattungen von privaten Eigentümern begründet.

In der Subkommission wurden die zahlreichen Fragen und die dazugehörigen Antworten besprochen. An dieser Stelle möchte ich nur auf ein paar wenige Punkte hinweisen:

- in der Investitionsplanung sind - ausserhalb des Planungshorizonts - kFr. 500 für die Erneuerung der Konzession für die Hafenanlage eingestellt; eine Fläche zur Realisierung dieser Ersatzmassnahmen wurde inzwischen gefunden. Der Anteil der Stadt Uster wird auf Fr. kFr. 400 geschätzt.
- der Beitrag aus dem kantonalen Strassenfonds betrug Fr. 1.12 Mio. anstelle der ursprünglich geschätzten Fr. Fr. 1.5 Mio.
- unbefriedigend für die Subkommission war - einmal mehr - die Investitionsrechnung:
- zum einen sind Kosten für Investitionen in der Rechnung aufgetaucht, die eigentlich schon längst abgeschlossen sind; die Subkommission empfiehlt, innert weniger Monaten die jeweiligen Kreditabrechnungen zu machen
- ein anderer Punkt, der v.a. im Hinblick auf die Möglichkeiten zur politischen Willensäusserung und die finanzpolitische Diskussion relevant ist, ist der, dass sehr grosse Abweichungen von der Investitionsplanung zu verzeichnen sind.
- In der Investitionsrechnung des GF I+U sind 117 Investitionsvorhaben aufgeführt; davon sind
- 34 weder im Budget 2024 noch in der Rechnung Zahlen aufgeführt (problemlos)
- 24 mit Budgetposten und Ausgaben (problemlos)
- 12 mit einem Budgetposten und ohne Ausgaben
- 47 mit Ausgaben ohne Budgetposten; bei 11 Posten waren die Ausgaben > 50'000, die Summe dieser 11 Posten beträgt Fr. 2.9 Mio.; die grössten unbudgetierten Posten waren 2 Fahrzeuge, Ortsdurchfahrt Sulzbach, Landihallenweg und «s'Teckt Brüggli».

In der Frage 16 der Subkommission wurde die Ortsdurchfahrt Sulzbach (30260092 ) erwähnt. Hier ist folgender Sachverhalt zu erwähnen

- in der Rechnung 2024 werden Ausgaben von kFr. 441 ausgewiesen
- in der Fragenbeantwortung der Subkommission wird auf den Stadtratsbeschluss 477 vom 22. November 2022 verwiesen
- mit diesem wird ein Kredit von kFr. 360 gesprochen
- im Beschluss wird erwogen, dass der Betrag von kFr. 300 in der Investitionsplanung 2023 und im Finanzplan 2024-2027 enthalten sei
- im Budget 2023 war allerdings kein Betrag eingestellt; in der FP 2024-2026 waren für das Jahr 2026 kFr. 300 eingestellt
- am 13. Juli 2023 hat der Kanton mitgeteilt, dass das Vorhaben festgesetzt wurde und im Frühling 2024 mit dem Bau begonnen werde
- dennoch wurden im Budget 2024 keine Gelder eingestellt.
- der Gemeinderat hatte im Rahmen der Budgetdebatten nie einen Anlass, sich zum Investitionsvorhaben zu äussern.

Die Wirkungsprüfung wurde für die Werterhaltung durchgeführt.

## **GF Stadtraum und Natur**

Für die Kommission Planung und Bau (KPB) gibt **Ursula Räuftlin (Grünliberale)** zu Protokoll: Das GF Stadtraum und Natur beantragte für das Jahr 2024 einen Globalkredit über CHF 6.486 Mio. exkl. Abschreibungen bzw. CHF 7.677 Mio. inkl. Abschreibungen und erzielte ein Ergebnis von CHF 6.529 Mio. exkl. bzw. 7.359 inkl. Abschreibungen. Die Kosten wurden also um CHF 43'000 bzw. 0.66% überschritten und damit mehr oder weniger eine Punktlandung erzielt. Etwas anders sieht es aus bei den Kosten inkl. Abschreibungen. Hier wurde das Budget um CHF 318'000 bzw. 4.1 % gegenüber dem Budget unterschritten, was darauf hindeutet, dass die Investitionen nicht vollumfänglich getätigt bzw. abgerechnet wurden.

Für Investitionen im Geschäftsfeld Stadtraum und Natur waren CHF 1.85 Mio. vorgesehen. Realisiert wurden dann aber lediglich Investitionen im Umfang von CHF 1.261 Mio. in diesem GF. Verzögerungen gab es bei den Planungen des Bahnhofzentrums sowie den Bahnquerungen.

Nach wie vor sind es Projekte aus der LG Verkehrsplanung, die uns stark beschäftigen. Wie bereits vor vier Jahren, seien hier namentlich das Projekt Bahnhofzentrum, das attraktive Stadtzentrum sowie die Projekte zur Verbesserung der Veloinfrastruktur genannt. Im vergangenen Jahr konnte ein erster Abschnitt der Velokomfortroute eingeweiht werden. Einen Schritt weiter sind wir nun mit dem kommunalen Richtplan. Dieser wurde vom Stadtrat zur Festsetzung an den Gemeinderat überweisen und wurde bis 23. Juni 2025 in der KPB behandelt.

In der LG Natur-, Land- und Forstwirtschaft stand 2024 nach wie vor die Umsetzung des Biodiversitätskonzepts (BIK) im Zentrum. Um die mit den Indikatoren angestrebten Ziele erreichen zu können, wird man weiterhin aktiver auf die Landwirtschaftsbetriebe zugehen und sie bei möglichen Projekten unterstützen und eine Beratung anbieten müssen.

Mit der Fragenbeantwortung wurden der Kommission die jährlichen Berichte «Stand Umsetzung der Gebietsentwicklungen» und «Umsetzung Velosicherheit» abgegeben. Zudem wurden auch die bisher noch fehlenden Zahlen für die Indikatoren der LG Verkehrsplanung nachgereicht. Der Indikator I 03 beträgt 6'881'925 und I 04 beträgt 447'331. Somit werden die Ein-/Aussteigern am Bahnhof um beinahe 1 Mio. gegenüber dem Budget übertroffen. Der Zuwachs der Ein-/Aussteiger an den Haltestellen der Sportanlagen gegenüber dem Budget beträgt 13%, wobei die Haltestelle Sportanlage einen Anstieg von 19'000 bzw. 62% vorweisen kann. Die Buslinie 818 hat sich etabliert und wurde in das Angebot des ZVV übernommen. Auf die Erhebung des Indikators I 04, welcher aus der Leistungsmotion heraus entstand, kann zukünftig verzichtet werden.

Von der Subkommission wurden am 25. Juni 2025 die Wirkungsprüfung in der LG «Natur, Land und Forstwirtschaft» sowie am 26. Juni 2025 in der LG Verkehrsplanung durchgeführt.

Das GF gab in der Kommission zu keinen weiteren inhaltlichen Diskussionen Anlass. Die KPB empfiehlt einstimmig die Annahme dieses Geschäftsfeldes.

### **GF Hochbau und Vermessung**

Für die KPB gibt **Hans Denzler (SVP)** zu Protokoll: Die Rechnung 2024 schliesst inklusive Abschreibung etwas tiefer ab als budgetiert (-24%)

Die gestellten Fragen sind uns ausführlich und kompetent beantwortet worden. In der Gemeinde Uster werden aktuell Bauinvestitionen in der Höhe von rund einer Milliarden Franken getätigt. Diese Summe teilt sich auf in 3 Phasen: Beantragt, Bewilligt und Bau begonnen.

Das uns schon lange begleitende Thema Aufhebung Flurwege ist so bald noch nicht beendet. Es werden aber in kleinen Schritten immer wieder Flurwege aufgehoben. So werden im Jahr 2024 7 Flurwege, im laufenden Jahr 2025 bereits 8 Flurwege aufgehoben. Mehr Beachtung schenkt man der Aufteilung in «ohne öffentliches Interesse» und «mit öffentlichem Interesse». Flurweg Aufhebungen mit öffentlichem Interesse dauert jedoch mehrere Monate bis mehrere Jahre.

Unterhaltsarbeiten, die von den Flurwegeigentümern und -eigentümerinnen vernachlässigt wurden, mussten unter anderem beim Studackerweg und Kriegackerweg durch die Abteilung Bau und Unterhaltsfragen aufgearbeitet werden.

Die bisher angefallenen Kosten wurden alle mittels der laufenden Rechnung gedeckt.

Vermessung: Erneuerungsprojekte Amtliche Vermessung 2020-2023 wurden nur 20% des Budgets gebraucht. Grund in der Covid- Zeit sind alle Projekte zurückgestellt worden.

Der Bund überarbeitet die gesetzlichen Grundlagen für die amtliche Vermessung, so dass der Kanton diese Änderungen zuerst abwarten wollte. Auf Herbst 2025 erfolgt die Einführung auf Stufe Kanton.

Baubewilligungen: Um die zeitliche Einhaltung der Baubewilligungen zu gewähren hat der Stadtrat zu Jahresbeginn eine zusätzliche Stelle im Baubewilligungsverfahren gesprochen. Die Stelle ist ausgeschrieben. Fachlich gute Leute sind aber sehr schwierig zu finden. Grund für die nicht eingehaltenen gesetzlichen Verfahrensfristen im Baubewilligungsverfahren sind ein starker Anstieg der Baueingaben, umfangreiche Erneuerungen im Bereich des Energiegesetzes. Auch 2024 konnten die Fristen nur ungenügend eingehalten werden (70%).

Denkmalpflege: Im Jahr 2024 wurde das bislang physisch archivierte Denkmalschatzarchiv vollständig digitalisiert.

Zum Schluss ist festzuhalten, dass in Uster sehr viel gebaut wird, was das GF Hochbau und Vermessung herausfordert.

## **GF Bildung**

Für die KBG gibt **Walter Meier (EVP)** zu Protokoll: Die KBG hat die Jahresrechnung am 23. Juni 2025 beraten.

Der Globalkredit des GF Bildung in der Höhe von 2,291 Mio. wurde um Fr. 202'000 überschritten. Die Gründe:

- LG Schulverwaltung (Abweichung + Fr. 189'000): Unvorhersehbare höhere Personalkosten (Stellvertretungskosten), höhere Beratungskosten für das Projekt Qualitätsmanagement und höhere interne Verrechnungen.
- LG Dienste (Abweichung + 49'000): Höhere Personalkosten wegen Wechsel in der Leitung Controlling.
- LG SPD (positive Abweichung Fr. 55'000): Geringere Personalkosten (Rotationsgewinne), tiefere Betriebskosten, höhere Erträge.
- LG Zahnklinik (positive Abweichung Fr. 89'000): Tiefere Personalkosten, finanziell leistungstärkere Behandlungen führten zu mehr Einnahmen.
- Abschreibungen: (Abweichung + Fr. 108'000): Höhere Abschreibungen-

Der Globalkredit des GF Primarschule in der Höhe von 52.890 Mio. wurde um Fr. 212'000 überschritten. Die Abweichungen im Detail:

- Leitung Primarschule (positive Abweichung Fr. 57'000): Tiefere Betriebskosten, vor allem Dienstleistungen Dritte und Honorare externe Beratungen wurden nicht ausgeschöpft.
- LG Regelunterricht (Abweichung Fr. – 300'000): Höhere Personalkosten (kantonale und kommunale Anstellungen -700'000); diese waren zu optimistisch budgetiert worden. Da Betriebskosten (z.B. Anschaffungen Hardware, Verbrauchsmaterial Unterricht) um Fr. 314'000 ausfielen, ist die Abweichung nicht gar so gross.
- LG Tagesstrukturen/Zusatzangebote (positive Abweichung von Fr. 480'000): Es scheint, dass die Tagesstrukturen nicht mehr so stark wachsen, wie angenommen. Tiefere Personalkosten, höherer Ertrag (der Anteil Vollzahler ist gestiegen) und ein unerwarteter kantonaler Beitrag führten zum guten Ergebnis.
- Sonderpädagogik: (Abweichung Fr. 520'000): Aufgrund steigender Zahlen der Sonderschüler höhere Personalkosten und Betriebskosten.
- Informatik: Minderkosten von Fr. 132'000.
- Schulgesundheit (Abweichung Fr. 17'000): Höhere Personalkosten (Pedikulose-Fachfrau; Läuse), höhere Kosten für externe Vorsorgeuntersuchungen).
- Schulsozialarbeit (Abweichung 13'000): Höhere Personalkosten. Die Hälfte betrifft eine befristete Praktikumsstelle ab August 2024, welche die Schulpflege für 2 Jahre bewilligt hat.
- Da etwas weniger Kinder die Musikschule besuchten, resultieren beim Beitrag an die MSUG ebenfalls Minderkosten von Fr. 140'000.

Weitere Punkte:

- Die Schulverwaltung ist mit der neuen ICT-Schulverwaltungslösung PUPIL weitgehend sehr zufrieden. Bei den Tagesstrukturen gibt es noch Verbesserungsbedarf.
- Das Konzept «Schule Plus» soll die Zusammenarbeit zwischen Regelschule und Tagesstrukturen zu verbessern.
- Das Modell «draussen lernen» ist seit Sommer 2024 in allen Schuleinheiten eingeführt. Viele Klassen aller Zyklen verbringen nun regelmässig Unterrichtszeiten in verschiedenen Fächern ausserhalb des Klassenzimmers.
- Tagesstrukturen: Das neue Tarifsysteem (im August 2024 eingeführt) führt zu einer gerechteren und transparenteren Kostenstruktur. Es orientiert sich stärker an den individuellen Verhältnissen der Familien und ermöglicht dank modularer Anmelde-möglichkeiten eine flexiblere Nutzung. Die Einnahmen sind stabil geblieben, da der Anteil der Maximalzahler höher liegt als ursprünglich erwartet.
- Die Schülerprognosen (Stand Herbst 2024) für die nächsten 10 Jahren zeigen gleichbleibende oder sogar sinkende Schülerzahlen. Dies entgegen den Prognosen, wie sie noch vor zwei Jahren gemacht wurden. Das schafft der Schulpflege etwas Luft bei Schulhausbauten. So ist die Aufstockung Oberuster erstmals sistiert und auch bei weiteren Projekten muss man nicht so schnell vorwärts machen wie geplant.

Die Investitionen im GF Primarschule betragen total 4.997 Mio.; budgetiert waren 0.75 Mio. mehr. Die Investitionen verteilen sich auf über 60 Projekte; der grösste Posten ist ein Wasserschaden von ca. Fr. 600'000 in der Schulanlage Krämeracker.

Investitionen im GF Bildung (total Fr. 160'000): Digitalisierung Schüler-/Personaldossiers; Digitalisierung Zuteilung Schüler und Schülerinnen.

Abstimmungen:

- Die KBG empfiehlt, die Jahresrechnung 2024 des GF Bildung mit 7:0 Stimmen zu genehmigen.
- Die KBG empfiehlt, die Jahresrechnung 2024 des GF Primarschule mit 7:0 Stimmen zu genehmigen.

## **GF Sicherheit**

Für die KÖS gibt **Marco Kranner (Grünliberale)** zu Protokoll: Der Zielerreichungsbericht im Geschäftsfeld (GF) Sicherheit weist für das Jahr 2024 CHF 4'369'000 aus. Im Vergleich mit den budgetierten Kosten von 3'598'000 CHF führt dies zu zusätzlichen Kosten von CHF 771'000.

Die zusätzlichen Kosten resp. Mindereinnahmen sind auf folgende Faktoren zurückzuführen:

Die Rad-WM, für welche der Stadtrat lediglich die nicht personellen Kosten budgetiert hat, hat bei der LG Stadtpolizei zu erheblichen Mehrkosten geführt. Das schlägt sich nun im finanziellen Resultat des GF Sicherheit nieder. Es wäre anzuregen, dass der Stadtrat bei einem nächsten ähnlichen Anlass den Personalaufwand auch in die Kostenschätzung (Vollkostenrechnung) aufnimmt.

Die Möglichkeit Aspiranten befristet bei der Stadtpolizei anzustellen, haben die Ausgaben weiter erhöht.

Die Abschreibungen waren CHF 205'000 über dem budgetierten Betrag. Da die Abschreibungen vom Geschäftsfeld nicht beeinflusst werden können, mussten diese einfach übernommen werden. Es wäre für alle Geschäftsfelder sehr hilfreich, wenn die Finanzabteilung genauere Schätzungen bezüglich Abschreibungen machen kann, damit die Resultate nicht mit Zahlen verzerrt werden, welche vom Geschäftsfeld nicht beeinflusst werden können.

Mindereinnahmen infolge geringer Anzahl an erfolgten Stützpunkteinsätzen, Mindereinnahmen bei Schutzraumkontrollen sowie die vorsorgliche Reservation der Herberge (GUP) «Gschwader» haben das Resultat weiter gedrückt.

Folgende Faktoren haben dazu geführt, dass die Investitionsplanung 2024 über Budget ist:

Die Differenz bei den Investitionen gründet in der Tatsache, dass im Budgetjahr 2023 im Zusammenhang mit der Sanierung des Brandhauses 1 weniger Aufwände entstanden und abgerechnet wurden und der entsprechende Betrag nun im Jahr 2024 angefallen ist.

Die weiteren Investitionen haben sich in der geplanten Zone bewegt und können jederzeit im NPM-Jahresbericht 2024 nachgelesen werden.

Auszug aus den Fragen und Antworten der Subkommission:

Warum werden weitere Tempo 30 Zonen mit der Begründung des Lärmschutzes eingeführt? Die Tempo 30 Zonen auf den Hauptverkehrsachsen sind Sache des Kantons. Die Stadtpolizei Uster hat darauf keinen Einfluss.

Endtermin der Brandhäuser 1+2: Brandhaus 1 konnte in Betrieb genommen werden. Brandhaus 2 ist aktuell in Arbeit. Es wird davon ausgegangen, dass Brandhaus 2 Mitte 2026 in Betrieb genommen werden kann.

Mehrausgaben in Generellen: Die Aufwandschätzung des Stadtrates für die Rad WM in Uster hat nur nicht personelle Kosten beinhaltet. Ein sehr grosser Teil der Mehrausgaben bei der Stadtpolizei 2024 ist auf die Rad WM zurückzuführen, da der Personalaufwand nicht in der Kostenschätzung vorhanden war.

Argumentation zu den stetig steigenden Kosten der Sicherheitsorganisation: Es wird von den Blaulichtorganisationen immer mehr verlangt, ohne dabei das Budget adäquat zu erhöhen.

Mehrstunden bei Schulhäusern und bei der Prävention des Autoposings: Die meldenden Bürgerinnen und Bürger zeigten sich mit der Präsenz (Prävention: man sieht die Polizei) und den Ergebnissen im Sinne, dass weniger zu schnell gefahren werde, zufrieden. Die Autoposerszene ist in Uster nur am Rande aktiv, zurückführen auf die hohe Polizeidichte (Bahnhof, Brunnenstrasse, Tankstelle), dies im Vergleich zu Volketswil.

Rückmeldung zum Uster-Märt 2024: Die Stimmung war deutlich besser. Der Gemeinderat bedankt sich für die eingebrachten Verbesserungen.

### **GF Publikumsdienste**

Für die KÖS gibt **Silvan Dürst (SVP)** zu Protokoll: Der budgetierte Globalkredit für das Geschäftsfeld Publikumsdienste betrug für das Jahr 2024 CHF 1.478 Millionen nach Abschreibungen. Das Geschäftsfeld Publikumsdienste überschreitet das Budget um CHF 67'000 auf total 1.544 Mio. Franken nach Abschreibungen. Die Budgetabweichungen sind auf die Verzögerungen beim Umbau des Dienstgebäudes Friedhof zurückzuführen.

Das Projekt «Sanierung Friedhofgebäude» verzögerte sich nochmals und konnte Mitte 2024 gestartet werden. Der Abschluss der Umbauarbeiten ist am 1. Juli 2025. Die Planung und die Erstellung des Werkstattraums werden bis Ende 2025 über die Bühne gehen.

«INFOSTAR New Generation», welches im November 2024 in Betrieb ging, brachte Erleichterungen sowie Zusatzaufgaben für die Zivilstandsämter. Die Aufsichtsbehörden wurden aber erheblich entlastet.

Im Jahr 2024 konnte ebenfalls das externe Traulokal in der Villa Grundholzer in Betrieb genommen werden. Der grosse Ansturm blieb mit total sechs auf insgesamt 120 Trauungen noch aus. Zusätzliche Kosten, welche das Brautpaar bezahlen muss, belaufen sich auf 250 Franken (Miete Villa Grunholzer, Wegpauschale und Gebühren für auswertige Traulokale).

Die KÖS empfiehlt die Jahresrechnung im Geschäftsfeld Publikumsdienste mit 8:1 Stimmen zur Annahme.

### **GF Recht und Vollstreckung**

Für die KÖS gibt **Marius Weder (SP)** zu Protokoll: Das vorliegend zu behandelnde Geschäftsfeld Recht und Vollstreckung gab weder in der Subkommission noch in der gesamten Kommission Anlass zu grossen Fragen oder Diskussionen. Betrachtet man die Zahlen, so fällt auf Seite M/2 auf den ersten Blick eine doch markante Abweichung von Minus Fr. 53'000 auf Minus Fr. 106'000 statt den budgetierten Minus Fr. 53'000 auf. Hierzu ist allerdings zu erwähnen, dass dieses Minus im Aufwand effektiv ein Plus um diesen Betrag darstellt, die Stadt Uster hier also Fr. 106'000 statt bloss der budgetierten Fr. 53'000 eingenommen hat. Vor einem Jahr betrug die Abweichung noch Fr. 42'000, in den Jahren zuvor Fr. 51'000, Fr. 107'000, Fr. 97'000 und zuvor gar Fr. 250'000. Solche Abweichungen stellen hier mithin nicht die Ausnahme, sondern die Regel dar. Im Sinne einer möglichst präzisen Budgetierung ist zu bemerken, dass der Stadtrat seit dem Budget 2021 im Gegensatz zu den früheren Jahren hier immerhin mit einem Ertragsüberschuss budgetiert, weswegen die Abweichungen seither etwas tiefer ausfallen.

In der Leistungsgruppe Stadtmann- und Betreibungsamt fielen um Fr. 17'000 höhere Gebühreneinnahmen als budgetiert an. Anzumerken ist, dass sich die fraglichen Gebühren aus der Gebührenverordnung zum Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz (SchKG) ergeben und in einem gewissen Prozentsatz zu den seitens der Gläubiger in Betreuung gesetzten Forderungen stehen. Bei der LG Stadtrichter fielen gar um Fr. 37'000 höhere Bussen- und Gebührenerträge an. Die Stadt hat auch auf diesen Budget- bzw. Rechnungspunkt bei genauer Betrachtung keine relevante Einflussmöglichkeit. Dasselbe gilt schliesslich bei der LG Friedensrichter, bei der ein um Fr. 6'000 höherer Aufwand zu verzeichnen ist.

In personeller Hinsicht ist anzumerken, dass bei der LG Stadtmann- und Betreibungsamt der Stellenplan um 20% unterschritten wurde. Diese sieht sich bereits seit einigen Jahren stark durch den Fachkräftemangel herausgefordert.

Wie in den Geschäftsfeldern Sicherheit und Publikumsdienste wurde auch im vorliegenden Geschäftsfeld die Wirkungsprüfung vor zwei Jahren bezüglich Rechnung 2022 vorgenommen durch die Subkommission. Bei den Indikatoren drängten sich damals nach einhelliger Meinung der Kommission und der Subkommission keine Änderungen auf.

Bezüglich der im NPM-Bericht auf Seite M/4 fehlenden Kennzahlen der LG Friedensrichter ist zu bemerken, dass diese vom Friedensrichter weder der Abteilung Sicherheit noch der Subkommission KÖS mitgeteilt wurden und daher vorliegend entfallen.

## **GF Soziale Sicherheit**

Für die Kommission Soziales und Gesundheit (KSG) gibt **Lukas Adam (Grüne)** zu Protokoll: Das Geschäftsfeld Soziale Sicherheit schliesst 2024 mit einem deutlichen Ertragsüberschuss von 2,263 Millionen Franken ab, wobei die Rückerstattung von KVG-Prämien für Personen mit Schutzstatus S aus den Jahren 2022/2023 massgeblich dazu beitrug. Die Bezügerzahlen bei den Zusatzleistungen entwickelten sich rückläufig: Bei der AHV sanken sie von 585 auf 575 Personen, bei der IV von 453 auf 446. Dieser Rückgang ist hauptsächlich auf die per 1. Januar 2024 definitiv umgesetzten neuen Vermögensgrenzen der EL-Reform zurückzuführen, wonach Einzelpersonen mit über 100'000 Franken und Ehepaare mit über 200'000 Franken Vermögen keinen Anspruch mehr haben.

Gleichzeitig stiegen die durchschnittlichen Fallkosten markant an: Bei AHV-Heimbewohnenden von 54'695 auf 61'714 Franken (+12,8%) und bei Wohnungsbewohnenden von 11'712 auf 12'354 Franken (+5,5%). Diese Kostensteigerungen resultieren aus der allgemeinen Teuerung, erhöhten Heimtaxen und gestiegenen Mietzinsen infolge des höheren Referenzzinssatzes. Das neu eingeführte Selbstbestimmungsgesetz (SLBG) zeigte 2024 noch keine spürbaren Auswirkungen, da ambulante Betreuungsangebote erst im Aufbau sind. Die AHV-Reform 21 wird erst ab 2025 mit der schrittweisen Erhöhung des Frauenrentenalters wirksam.

Im Bereich der familienergänzenden Betreuung bleibt die Nachfrage unverändert hoch mit teilweise mehrmonatigen Wartezeiten. Positiv ist der Ausbau der Betreuungsplätze: Die Kita Globegarden eröffnete im Herbst mit 32 Plätzen, Fugu im Dezember 2024 mit 24 Plätzen, weitere Angebote folgen 2025/2026 mit insgesamt rund 80 zusätzlichen Plätzen. Parallel läuft ein partizipatives Projekt zur grundlegenden Neugestaltung des FEB-Modells, das dem Gemeinderat im Herbst 2025 und dem Stimmvolk im März 2026 vorgelegt werden soll. Die Personalausstattung mit 10,7 Stellen blieb stabil.

## **Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB)**

Für die KSG gibt **Josua Graf (Grünliberale)** zu Protokoll: Die Subkommission hat sich am 16. Juni 2025 mit Petra Bättig (Stadträtin) und Co-Abteilungsleiter Soziales Thomas Birchler getroffen, um offene Fragen zur KESB zu klären.

Die KESB schliesst das Jahr 2024 mit CHF 1'270'000 (inkl. Abschreibungen) und CHF 35'000 über dem Budget ab.

Der Aufwandüberschuss ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen:

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Anzahl der neuen Anträge und Meldungen an die KESB um 7 % gestiegen – durchschnittlich 28 pro Woche. Ein Hauptgrund dafür ist die Zunahme an Beistandschaften für unbegleitete minderjährige Asylsuchende (meist 16-jährige Jungen aus Afghanistan), die aufgrund der Eröffnung des Aufnahmезentrums für minderjährige Asylsuchende im Rosengarten und die Umorganisation des Durchgangszentrums in Volketswil durch die ORS neu in Uster platziert sind. Für diese Jugendlichen wird eine Vertretungsbeistandschaft bis zur Volljährigkeit eingerichtet.

Zudem nimmt die Anzahl der zu prüfenden Vorsorgeaufträge nach dem Eintritt von Urteilsunfähigkeit weiter zu.

Die neue Verordnung über die Vermögensverwaltung (VBVV), die seit dem 1. Januar 2024 gilt, hat für das Revisorat und die Administration der KESB einen grossen Mehraufwand verursacht. Es mussten 230 zusätzliche Verfahren zur Prüfung von Vermögensausscheidungen durchgeführt werden.

Die Anzahl der Massnahmen teilen sich wie folgt auf die Stadt Uster und die Anschlussgemeinden der KESB auf: Stadt Uster ca. 50% (606 Massnahmen), wovon ein grosser Teil auf die Kinderschutzmassnahmen fallen und Anschlussgemeinden ca. 50% (607 Massnahmen).

Die Behörde verfügt über ein konstantes Team mit 14.4 Stellen und einer geringen Personalfuktuation.

## **GF Gesundheit und Umwelt**

Für die KSG gibt **Claudia Frei (Grünliberale)** zu Protokoll: Die Subkommission hat sich am 16. Juni 2025 mit Stadträtin Karin Fehr und Abteilungsleiter Hugo Bossi getroffen, um offene Fragen zum Geschäftsfeld Gesundheit und Umwelt zu klären.

Das Geschäftsfeld Gesundheit und Umwelt schliesst das Jahr 2024 mit CHF 11'214'000 und damit einer Abweichung von CHF 93'000 über Budget ab.

Die Mitarbeiter in der Leistungsgruppe Abfallbewirtschaftung waren im Jahr 2024 insbesondere mit der Planung der neuen Hauptsammelstelle Loren eingebunden (im Mai 2025 durch die Stimmbevölkerung abgelehnt).

Die jährlichen Gesamtkosten der Abfallbewirtschaftung pro Einwohner sind angestiegen und werden wohl auch weiter ansteigen. In der Subkommissionssitzung wurde auch thematisiert, dass bald ein Wechsel bei Kehrlich- und Separatabfuhr stattfinden wird.

Der Bedarf an Beratungen durch die Fachstelle Alter ist höher als budgetiert und hat sich bewährt.

### **GF Heime Uster**

Für die KSG gibt **Gianluca Di Modica (FDP)** zu Protokoll: Das Geschäftsfeld Heime schliesst das 2024 mit einem Aufwandüberschuss von CHF 374'000 ab. Gegenüber dem ursprünglich budgetierten Aufwandüberschuss von CHF 496'000 (nach Novemberbrief, SRB 436/2023 v. 31.10.23) ergibt das eine leicht positive Abweichung von CHF 122'000.-. Wir sind froh, konnten die Heime Uster den Aufwandüberschuss etwas reduzieren.

Im Wesentlichen führten folgende Effekte zu diesem Ergebnis:

- Durch die Umfunktionierung von ehemaligen Büroräumen zu Wohnendenzimmer im Heim Dietenrain konnten zusätzliche Betten geschaffen und ausgelastet werden, was zu Mehreinnahmen führte.
- Die durch diverse langfristig ausgelegte Personalmassnahmen erreichte gute Stimmung wirkte sich im aktuell nach wie vor angespannten Arbeitsmarkt im Gesundheitswesen positiv auf die Fluktuationsrate (tiefe Fluktuation) aus. Dies wiederum hält die Aufwendungen für Personalrekrutierung und Aushilfspersonal über Personaldienstleister in gewissen Grenzen.
- Trotz der guten Personalarbeit fallen die Aufwendungen für Abwesenheiten und Ausfälle negativ auf. Korrelieren die Mitarbeiterzufriedenheit und die Ausfallquote normalerweise negativ, gibt es hier eine Anomalie.
- Sehr gute Gastroerträge. Dieser Trend scheint sich fortzusetzen.

Im 2024 wurde die Angebots- und Immobilienstrategie vorgestellt. Diese bildet nun die Grundlage für die weitere Arbeit an der strategischen Ausrichtung der Heime. Vor dem Hintergrund der demografischen Alterung und den monetären Auswirkungen kommt dem Thema ein grosses Gewicht zu.

In der aktuellen Investitionsplanung sind für die Gesamtsanierung und Erneuerung der Heime Uster CHF 88 Mio. vorgesehen. Für das Pflegezentrum Im Grund (Pos. 438) CHF 40,2 Mio., für das Pflegezentrum Dietenrain (Pos. 439) CHF 27,8 Mio. und für das Betriebsprovisorium (Pos. 440) CHF 20 Mio. Die aktuelle Version der Angebots- und Immobilienstrategie (siehe Version 08.2023, Seite 42 und Anhang 7.4) nennt bereits eine Investitionssumme von CHF 93 Mio. ohne Betriebsprovisorium. Das genannte Total inklusive Betriebsprovisorium beläuft sich auf CHF 113 Mio. (Kostengenauigkeit +/- 25%).

So gesehen kommt auf die (politischen) Verantwortlichen ein grosses Projekt mit grossen finanziellen Auswirkungen zu.

Da sich das Angebot Panorama (Tagesaufenthalte) einer gestiegenen Nachfrage erfreut, konnten im Berichtsjahr die Öffnungszeiten erhöht werden. Durch die Implementierung einer neuen App wurde die Kommunikation zwischen Bewohnenden, Angehörigen und Mitarbeitenden optimiert.

Der Wermutstropfen – in Analogie zur letztjährigen Betrachtung – bleibt in einer Gesamtbetrachtung das Pflegefinanzierungsmodell. Denn die Rechnung, welche zum guten Ergebnis der Heime führte, zahlen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler über den Budgetposten «Beitrag an Heime» aus dem Geschäftsfeld Alter und Gesundheit. Dieser Beitrag erhöhte sich in den vergangenen Jahren kontinuierlich von CHF 7.8 Mio (2021), CHF 9,9 Mio (2022) auf über CHF 11,5 Mio im 2023. Im 2024 konnte dieser Trend etwas gebrochen werden und es fielen Kosten in Höhe von knapp CHF 10,5 Mio an. Dieser Umstand der Pflegefinanzierung soll aber nicht über die gute betriebswirtschaftliche Leistung bei notabene gleichbleibend guten Werten bei der Zufriedenheit der Bewohnerinnen und Bewohner (Ist 23: 89,7 / Budget 24: 90,0 / Ist 24: 89,7) hinwegtäuschen. Dafür bedanken wir uns bei der Heimleitung und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Auch danken wir Stadträtin Karin Fehr, Abteilungsleiter Gesundheit Hugo Bossi und Gesamtleiter Heime Patrick Döbelin für die ausführlich und strukturierte Beantwortung unserer Fragen sowie die konstruktiven Besprechungen vom 16. und 23. Juni 2025.

In diesem Sinne empfiehlt die KSG einstimmig dem Gemeinderat den Jahresbericht 2024 des Geschäftsfeldes Heime zur Annahme.

## **GF Spitex Uster**

Für die KSG gibt **Ali Özcan (SP)** zu Protokoll: Im GF Spitex lag 2024 ein zentraler Fokus auf der Bindung der bestehenden Mitarbeitenden. Basierend auf der Mitarbeitenden-Umfrage aus dem Herbst 2023 wurden verschiedene Massnahmen abgeleitet und erfolgreich umgesetzt.

Um eine verbesserte und einheitliche Einführung sicherzustellen, wurde der Onboarding-Prozess für neue Mitarbeitende optimiert. Mithilfe des digitalen Kommunikationstools Beekeeper werden alle Mitarbeitenden standortunabhängig mit aktuellen Informationen versorgt. Zudem haben sie jederzeit Zugang zur Dokumentenablage sowie zu verschiedenen Prozessen und Richtlinien.

Im Bereich der Personalgewinnung wurden Stellenanzeigen überarbeitet und optimiert. Regelmässige Beiträge auf LinkedIn wurden veröffentlicht, um die Attraktivität und Sichtbarkeit der Spitex Uster zu erhöhen.

Das Thema Fachkräftemangel ist trotzdem weiterhin sehr aktuell und ist eine der grössten Herausforderungen für das gesamte GF Spitex.

Beim Thema Palliative Care ergab eine interne Evaluation, dass die Spitex Uster bereits über fundiertes Know-how im Bereich der Grundversorgung Palliative Care verfügt und durch die Zusammenarbeit mit dem Palliative Care Team des Spitals Wetzikon auch spezialisierte Palliative Care abdeckt.

In der LG Pflege ist die prognostizierte moderate Zunahme der Pflegestunden im somatischen und psychiatrischen Bereich leider nicht eingetreten. Die tatsächlichen Pflegestunden lagen unter Budget und bewegen sich auf dem Niveau vor der Pandemie. Ein Pflege team wurde deshalb aufgelöst und in andere Teams integriert.

Der Bedarf an Psychiatriepflege blieb unverändert, jedoch ist ein Anstieg der Anfragen im Bereich Kinder- und Jugendpsychiatrie zu verzeichnen. Eine entsprechende Spezialisierung konnte wegen Personalabgängen bisher nicht umgesetzt werden. Auch hier wieder; das Fehlen von geeignetem Fachpersonal steht im Vordergrund.

Das Geschäftsfeld Spitex schliesst bei einem Stellentotal von 78 Mitarbeitenden mit einem Aufwandüberschuss von 362'000 Franken, resp. mit insgesamt 398'000 Franken mehr ab als budgetiert.

## **GF Sport**

Für die KBG gibt **Marc Thalmann (FDP)** zu Protokoll: Das Geschäftsfeld Sport schliesst das Jahr 2024 mit einem Aufwand von rund Fr. 5.13 Mio. (VJ. 5.52 Mio.) und somit Fr. 26'000 über dem vorgesehenen Globalbudget 2024 ab, was als Punktlandung bezeichnet werden kann.

Investiert wurden im vergangenen Jahr rund Fr. 1.6 Mio., gut Fr. 400'000 mehr als im Budget vorgesehen. Die Mehrinvestitionen sind durch die gesamte Umsetzung des Projekts Pumptrack und Erweiterung Trendsportplatz im 2024 (Fr. 960'000 statt 500'000), der Infield Sanierung des Stadion Buchholz (Fr. 180'000), der Sanierung der Badewassertechnik im Hallenbad (Fr. 150'000), dem Ersatz der Beleuchtung bei der Heusser-Staub-Wiese (Fr. 110'000) und im Strandbad wurde der Kleinkinderbereich saniert (Fr. 86'000).

Dafür wurde das Projekt am Aabach ein weiteres Jahr verschoben (- Fr. 200'000), die Bestandsaufnahme Sanitären Gebäude sowie dem Bootshaus beim Strandbad fiel bisher günstiger aus (Fr. 30'000 statt 200'000) und verschiedene weitere Projektierungen waren unter Budget oder wurden nicht initiiert (insgesamt - Fr. 380'000). Zudem wurden dank verschiedenen Unterstützungsbeiträgen knapp Fr. 70'000 generiert, die nicht budgetiert waren.

Aufgrund des weiterhin noch in Bearbeitung stehenden Richtplans konnte die Umsetzung der Gesamtplanung Buchholz noch nicht angestossen werden.

Dafür wurde das fast 20-jährige Sportkonzept überarbeitet und enthält nun Aussagen zu Förderung von Gleichberechtigung und Chancengleichheit im Sport, Inklusion, Raum und Bewegung, Veloförderung sowie ehrenamtlicher Tätigkeit.

Mit der Rad- und Paracycling-Strassen-WM 2024 fand ein internationaler Grossanlass im Raum Zürich statt. Uster konnte sich als einer der Startorte als Sportstadt zeigen.

Im Gegensatz zum Vorjahr begünstigte das schlechtere Wetter den Hallenbadbetrieb, welcher mit über einer Viertelmillion Eintritten 10% höher lag als vorgesehen und auch den Kostendeckungsgrad auf fast 76% steigern konnte. Zwar verzeichnete dafür das Strandbad weniger Eintritte, aber insgesamt besuchten 15'000 Gäste mehr als budgetiert die drei öffentlichen Badeanstalten.

Die drei Sport- und Fun Camps waren wie in den Vorjahren mit 270 Teilnehmenden ausgebucht. Im freiwillige Schulsport wurden gegenüber 2023 10% mehr Kurse angeboten, was zu einer Steigerung der Zahl der Teilnehmenden um 20% auf 1372 führte.

Im vergangenen Jahr wurden neben vier Grossveranstaltungen auch 21 weitere Sportveranstaltungen unterstützt.

Das Geschäftsfeld Sport gab in der Sachkommission kein Anlass für Diskussionen und wurde einstimmig gutgeheissen.

## **6.4 Geschäftsbericht Sozialbehörde**

### **GF Soziale Dienste**

Für die KSG gibt **Tanja Göldi (SP)** zu Protokoll: Das Geschäftsfeld Soziale Dienste schloss mit einem Aufwandüberschuss ab. Auf einen Nachtragskredit wurde verzichtet, da Rückerstattungen von KVG-Prämien erwartet wurden, die allerdings dem Geschäftsfeld Soziale Sicherheit zugeordnet werden mussten. Die seit 2022 geltende Organisationsstruktur hat sich bewährt – insbesondere in der Sozialberatung und Asylkoordination wurde der Fokus auf nachhaltige Beratung und Integration weiter gestärkt.

Das Kinder- und Jugendheimgesetz (KJG) entlastet zwar die wirtschaftliche Sozialhilfe, verursacht aber höhere als ursprünglich prognostizierte Kosten. Für 2023 ergaben sich Mehrkosten von über CHF 750'000; die Pro-Kopf-Kosten stiegen auf rund CHF 110.

Sozialberatung: Die Zusammensetzung der unterstützten Personen blieb stabil, hauptsächlich betroffen sind Menschen mit gesundheitlichen und sozialen Belastungen. Die Fallzahlen gingen leicht zurück (–8 %), die Kosten stiegen jedoch infolge höherer Lebenshaltungs- und Wohnkosten (+12 %) sowie stationärer Aufenthalte (+28 %). Eine Rückzahlung an das kantonale Sozialamt belastete zusätzlich. Die Zahl der Beratungen im Bereich persönliche Hilfe verdoppelte sich, was die Rolle der Sozialberatung als zentrale Anlaufstelle stärkte.

Asyl- und Flüchtlingskoordination: Trotz einer kantonalen Erhöhung der Zuweisungsquote sank die Zahl der Asylgesuche. Die Stadt Uster blieb unter dem kantonalen Aufnahmesoll, die Gesamtzahl betreuter Personen blieb stabil. Die Integration (sprachlich, beruflich, sozial) wurde im Rahmen der Integrationsagenda Zürich weitergeführt. Fast alle Klienten und Klientinnen verfügten über eine vollständige Tagesstruktur. Wegen Wohnungsknappheit stieg der Bedarf an Notunterkünften, was den Betreuungsaufwand erhöhte. Die Zahl der vorläufig aufgenommenen Personen (F-Ausweis) und anerkannten Flüchtlinge nahm leicht zu, die Finanzierung ist teilweise ungenügend gedeckt.

Berufliche und soziale Integration:

Die internen Integrationsangebote, inklusive Coaching und Bewerbungswerkstatt, haben sich bewährt. Viele Teilnehmende fanden durch die gute Arbeitsmarktlage selbstständig eine Stelle. Die Bewerbungswerkstatt wurde für umliegende Gemeinden geöffnet. Die Auslastung im Bereich Handwerk war hoch, wurde jedoch durch unregelmässige Teilnahme erschwert. Die Digitalisierung interner Abläufe wurde weiter vorangetrieben.

Berufsbeistandschaft: Die Fallzahlen und die Komplexität der Mandate stiegen an, insbesondere durch zunehmende psychische Belastungen der Klientel. Die Zusammenarbeit mit der Pro Senectute entlastete bei älteren Klientinnen und Klienten. Neue gesetzliche Vorgaben wie das Selbstbestimmungsgesetz führten zu zusätzlichen Mandaten. Laufende Mandate konnten seltener abgeschlossen werden, was den Aufwand erhöhte.

Zusammenfassung Fragen und Antworten – Subkommissionsitzung vom 16.06.2025

Webseite und Online-Antrag: Die Webseite wurde wie geplant überarbeitet (z. B. Mietzinsrichtlinien, Kompetenzregelung). Technische Einschränkungen bleiben bis zur neuen Plattform bestehen. Ein digitaler Sozialhilfeantrag wird ab Oktober 2025 eingeführt (Projekt „Amtomat“).

Mandatsentschädigungen (Beistandschaften): Die höheren Kosten betreffen externe Beistände (nicht Sozialhilfebeziehende). Die KESB rechnet diese halbjährlich mit der Stadt ab.

Wohnungssuche und Mietzinsrichtlinien: Die Lage für Sozialhilfebeziehende bleibt schwierig. Die neuen Richtlinien haben wenig verändert. Uster liegt im kantonalen Vergleich im Mittelfeld.

Neue Lösung für Integrationsangebote: Nach Wegfall der geplanten Looren-Nutzung zieht das Handwerksangebot an die Freiestrasse 53 um. Der neue Standort ist zentral und langfristig gesichert.

Selbstbestimmungsgesetz (SEBE) und neue Beistandschaften: 2024 wurden drei, 2025 bisher eine Beistandschaft neu übernommen. Gesetzesänderungen und neue melderechtliche Praxis führen zu Unsicherheiten; eine kantonale Arbeitsgruppe klärt dies bis Ende 2025.

Personal und Fachkräftesicherung: Neueinstellungen erfolgten 2024/2025. Zur Fachkräftebindung setzt man auf Coaching, Austauschformate, Teamanlässe und Engagement im Berufsverband. Uster gilt als moderne und attraktive Arbeitgeberin.

## **6.5 Geschäftsbericht Primarschulpflege**

### **GF Primarschule**

Für die KBG hat **Walter Meier (EVP)** bereits beim GF Bildung das Referat zu Protokoll gegeben.

Uster, 30. Juni 2025/red